

[31-8.doc]

Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:

Frau Vorsteherin,
meine Damen und Herren,
Herr Oberbürgermeister!

Vorhin haben wir eine Rede mit viel Pathos gehört, und ich sage neidvoll dazu: Jede Parteitagsregie muss dahinter zurückbleiben. Mit so viel Donnerrollen im Hintergrund, passend zum gewichtigen Inhalt, das ist schwer hinzukriegen - Respekt!

Die Rede eben ging sehr ins Detail. Gratulation übrigens noch zur Wahl zur neuen Kofraktionsvorsitzenden bei den GRÜNEN!

Ich steige mal in die Ausführungen des Oberbürgermeisters ein. „Verliebt ins Gelingen“ habe ich vorhin gehört. Das passt ganz gut, ich bleibe im Kontext. Eine Ménage à cinq haben wir ja bei einer Koalition aus vier Parteien und einem Oberbürgermeister, so wie sie auch in einer Stadt in Hessen miteinander auskommen müssen. Das ist Herausforderung und Chance zugleich, und wir wollen heute, das ist der Sinn eines solchen Situationsberichts und der Aussprache dazu, ein bisschen Bilanz ziehen - die Bilanz einer Amtszeit von Oberbürgermeister Josef, die erst ein Jahr umfassen kann, aber fast drei Jahre der Frankfurter Vierer-Ampel-Koalition, das ist schon deutlich mehr. Und außer für Uwe Schulz und ein paar wenige andere in diesem Saal ist es nicht mehr ausreichend, permanent darauf hinzuweisen, wer bis 2021 angeblich für welches heutige Problem zuständig oder verantwortlich war. Da sind die Menschen draußen intelligenter als mancher Beitrag hier, denn mit einem gewissen Zeitablauf - und drei Jahre gehören dazu - müssen sich auch die Handelnden heute in der Koalition ihrer Verantwortung stellen und sich fragen, wie weit sie gekommen sind.

(Beifall)

Die Beziehung - um jetzt mal in diesem Partnerschaftsvokabular zu bleiben - zwischen Oberbürgermeister und Frankfurter Ampelkoalition stößt leider an gewisse Grenzen der Leistungsfähigkeit, wenn man sich fragt, was die Menschen in Frankfurt von diesen politischen Erfolgen merken. Der Oberbürgermeister hat vor einem Jahr in seiner Antrittsrede gesagt: „Stillstand können wir uns in Frankfurt als internationaler Großstadt nicht erlauben.“ Recht hat er. Ich fürchte nur, in der Frankfurter Ampelkoalition hat sich diese Einsicht noch nicht bei allen Handelnden und auch nicht bei allen Dezernentinnen und Dezernenten durchgesetzt. In der Antrittsrede vor einem Jahr wurde auch zu Recht darauf hingewiesen,

dass es besonders wichtig sei, in die Infrastruktur unserer Stadt zu investieren, denn das sei - ich fasse es sinngemäß zusammen - der Schlüssel für alles, und dann wurde aufgezählt: für wirtschaftliche Stärke, für gesellschaftlichen Zusammenhalt, kulturellen Fortschritt und das Erreichen der Klimaziele. So weit, so richtig. Dann ging es ein bisschen konkreter zu, und dann wurden einzelne Themen und Projekte aufgezählt, die sich der Oberbürgermeister - so war es wohl zu verstehen - zusammen mit der Koalition vornehmen wollte. Das erste große Thema sollten Fachkräfte sein. Gut, da sage ich ganz offen, von echten Fortschritten haben wir jetzt nach einem Jahr noch nicht so viel gemerkt. Wir haben auch noch nicht so viel gemerkt und sehen können von dem damals angekündigten Frankfurter Zuschlag für die Erzieherinnen und Erzieher und auch noch nicht so viel gemerkt von dem damals ebenfalls angekündigten Energiefonds für Mieterinnen und Mieter, die es nicht schaffen, die steigenden Kosten alleine zu tragen.

Andere Ankündigungen sind ein bisschen weiter vorangekommen. Dazu zählt der wichtige Themenbereich, den der Oberbürgermeister sich auch offenbar als Priorität vorgenommen hat: Paulskirche und Haus der Demokratie. Richtig ist: Die Zahl der Vorlagen, die zur Beschlussfassung bei uns landen, hat deutlich zugenommen, das will ich gar nicht kleinreden. Wir hoffen allerdings, dass diesen Vorlagen und Beschlüssen alsbald auch ein paar Ergebnisse folgen und in absehbarer Zeit für die Menschen auch erkennbar wird, wie es mit dem Haus der Demokratie und dem Wettbewerb und der Sanierung der Paulskirche tatsächlich weitergeht. Denn nach unserer Auffassung ist das Vertrauen der Menschen in diesem Land auch ganz erheblich davon abhängig, ob Politik ihre Versprechen einlöst, und zwar die Versprechen der Akteure, die etwa auch hier auf dieser Rednerkanzel gemacht werden. Enttäuschungen führen auf Dauer auch zu Enttäuschungen der Menschen in Bezug auf unsere Demokratie, und deswegen ist es so wichtig, den Ankündigungen auch Taten folgen zu lassen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Das halte ich eigentlich auch für noch wichtiger, als kritische Oppositionsarbeit zu betreiben, die sich hier sagen lassen muss, dass sie bitte nicht zu sehr ins Detail gehen und zu deutlich werden soll, weil die Enttäuschung bei den Menschen dann ein Demokratierisiko werden könnte. Das, finde ich, geht ein bisschen weit, meine Damen und Herren.

(Beifall, Zurufe)

So war es aber zu verstehen.

Der Oberbürgermeister hat vor einem Jahr gesagt, wir brauchen eine Standortentscheidung zu den Städtischen Bühnen. Da geht es voran, das haben wir als CDU auch mit unterstützt und finden es richtig und freuen uns, dass im letzten Sommer ein - sagen wir mal - Zwischendurchbruch errungen werden konnte. Das war auch notwendig. Die Kulturdezernentin hatte ein paar Monate vorher die Flinte ins Korn geworfen. Gut, dass der Oberbürgermeister das Thema übernommen hat, meine Damen und Herren.

Er hat weiterhin gesagt: „Wir wollen der Bildung höchste Priorität geben,[...] wir werden die Schulen schneller sanieren und die Entwicklung der Berufsschulen im Frankfurter Westen umsetzen.“ Davon merken die Betroffenen noch nichts. Wenn Sie die Schülerinnen und Schüler, die Lehrerinnen und Lehrer oder auch die Eltern fragen, dann ist die Stimmung in Frankfurt, egal an welchem Schultyp, ziemlich schlecht und die Unzufriedenheit groß. Ja, inzwischen ist es sogar so weit, dass Brandbriefe an den Oberbürgermeister geschrieben werden, weil die Menschen in den Schulen sich nicht anders zu helfen wissen. Das ist ein Armutszeugnis, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Apropos, was die Menschen für Probleme halten - ich bleibe mal dabei. Herr Kollege Schäfer hat schon davon gesprochen: Es gibt eine sehr frische Auswertung einer Umfrage im vergangenen Jahr zum Leben in Frankfurt und zu der Frage, was die Menschen in Frankfurt für die Topprobleme halten. Ich nehme die ersten fünf, wobei zwei eigentlich zusammengehören, auch wenn sie immer getrennt abgefragt werden. Auf Platz eins liegt das Thema und dass es zu wenig davon gibt. Auf Platz zwei liegt die mangelnde Sauberkeit, auf Platz drei die Kriminalität und auf Platz vier liegt das Bahnhofsviertel. Da muss ich leider feststellen, dass das bedauerlich ist für die Menschen in dieser Stadt, denn die Frankfurter Koalition hat leider andere Schwerpunkte, und zwar sowohl thematisch als auch bei der Frage des Outputs, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Die Frankfurter Koalition wird - und der Ausdruck kommt gar nicht unbedingt von uns - vor allen Dingen als eine Koalition des Prüfens und Berichtens wahrgenommen. Wirkliche Ergebnisse sind nach drei Jahren überschaubar und, wenn man die Rede meiner Vorgängerin als Maßstab nimmt, eher im Kleinen zu suchen. Das gilt, ehrlich gesagt, selbst bei den eigenen Themen dieser Koalition und auch der sie führenden Fraktion der GRÜNEN. Ich bleibe jetzt einmal, mit Verlaub, bei diesem sehr umfassenden und mit 13 Seiten vielleicht sogar an einen Besinnungsaufsatz erinnernden Antrag, über den wir heute auch noch sprechen. Er steht offenbar in einer neuen Tradition. Es werden 70-seitige Zwischenbilanzbroschüren aufgelegt bei den GRÜNEN. Das kann man machen, man kann auch 13-seitige deskriptive Anträge zu einem wichtigen Thema, nämlich zum klimaneutralen und lebenswerten Frankfurt auflegen, aber das geht an den Bedürfnissen der Menschen vorbei. Die Menschen wollen Ergebnisse sehen, die Menschen wollen Veränderungen sehen und sie wollen keine deskriptiven Texte lesen, die grundlegende Zusammenhänge darstellen, wie es in einem vielleicht sogar wertigen Schulbuch richtig wäre, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Bitte verschonen Sie uns im Parlament, aber auch die Menschen in dieser Stadt mit so viel Text. Ringen Sie sich zu Entscheidungen und zu Fortschritten durch. Und vor allen Dingen, wenn es auch dieser Tage um die Zwischenbilanz geht und bei den GRÜNEN das Eigenlob für Klima, für Verkehr und Flüchtlingspolitik ganz vorne steht und wir solche Zitate in der FAZ lesen dürfen wie: „Ziemlich cool, was wir geschafft haben“, dann kann ich Ihnen versichern, das mag Ihre eigene Wahrnehmung sein, aber die Wahrnehmung der Menschen in dieser Stadt, die man oft treffen kann und die auch Klartext über solche Sachen reden, sieht ganz anders aus, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Ich will es an zwei Themen festmachen und fange mit dem Bahnhofsviertel an. Im Bahnhofsviertel hat der Oberbürgermeister eine Waffenverbotszone eingerichtet, das fanden wir gut und richtig. Wir hatten ihm dazu ein paar Wochen vorher hier im Parlament die Anregung gegeben. Anfang Oktober hat die CDU einen entsprechenden Antrag und sogar eine unterschriftsreife Waffenverbotszonensatzung vorgelegt. Das hat sich der Oberbürgermeister dankenswerterweise zu Herzen genommen und es wenige Wochen später, allerdings nach der Landtagswahl, hier in Frankfurt in Kraft gesetzt - offenbar, weil er auch von den Widerständen in der Koalition, um es salopp zu sagen, die Schnauze voll hatte, meine Damen und Herren.

Für die Probleme im Bahnhofsviertel war das ein wichtiger erster Schritt - ein erster Schritt, das haben wir auch immer gesagt, aber ein wichtiger. Ein wichtiger Schritt ist auch die jetzt deutlich verstärkte Polizeipräsenz - die wir zum Glück im Bahnhofsviertel beobachten können und die dort auch schon zu Veränderungen beiträgt. Das ist auch eine Einstandsleistung der neuen christlich-sozialen Landesregierung. Zu Recht wird dabei betont, auch von der Landespolitik, dass hier die Stadt Frankfurt endlich mal ihre Hausaufgaben machen muss. Und Hausaufgaben machen in diesem Sinne ist mehr als ein Aufmarsch des hauptamtlichen Magistrats bei einem Pressetermin, den der Oberbürgermeister offenbar - und auch pressetauglich - angeordnet hat. Das reicht nicht, meine Damen und Herren, ...

(Beifall)

... das gibt vielleicht gute Bilder und schöne Schlagzeilen, aber es ist am Ende auch - wenn dazu nicht mehr kommt - ein Schönreden der eigenen Politik. Das wird offenbar im Moment gerne von grüner Seite praktiziert, aber das hilft niemandem und es hilft vor allen Dingen denen nicht, die wirklich Hilfe brauchen.

Ich komme noch einmal zum Thema Unterstützung, etwa der wichtigen Einrichtungen der Drogen- und Sucht Hilfe im Bahnhofsviertel. Es wird uns sehr selbstbewusst vorgetragen, durch den Haushalt, den wir in den nächsten Sitzungen noch diskutieren werden, ginge es jetzt voran, die Mittel würden erhöht und überhaupt seien Beschwerden eigentlich unbegründet. Wenn man das in der Zeitung nachliest, etwa in der Frankfurter Neuen Presse vom 19. April, liest sich das anders. Dort heißt es: „Ihr Gehalt müssten die Träger der

Drogenhilfeeinrichtungen den Mitarbeitern aber jetzt schon zahlen, das habe bereits im vergangenen Jahr zu enormen Problemen geführt, denn auch 2023 ist der Haushalt erst im Spätherbst in Kraft getreten. Weil ohne genehmigten Haushalt nur drei Viertel der Zuschüsse ausgezahlt werden, hätten die Träger Defizite angehäuft. Für kleinere Träger könne das schnell existenzbedrohend werden. Dazu kämen weitere Probleme, die diese Praxis mit sich bringt. So könne man den Mitarbeitern bei dieser Art der Finanzierung nur auf ein Jahr befristete Verträge anbieten. Das führe dazu, dass diese sich im Zweifel schon wieder arbeitslos melden müssen, bevor ihr laufendes Gehalt überhaupt bewilligt ist.“

Meine Damen und Herren, wenn wir auch in diesem Jahr wieder über einen deutlich verspätet eingebrachten Haushalt sprechen und uns in den nächsten Wochen Gedanken machen, wie man ihn verbessern kann, dann sollten wir es nicht auf die leichte Schulter nehmen, dass die Fristen und Vorgaben der Gemeindeordnung nicht eingehalten wurden. Wir müssen uns klarmachen, dass diejenigen, die in dieser Stadt wichtige Aufgaben leisten, die ganz großartige soziale Hilfe leisten und im wahrsten Sinne des Wortes vorne stehen, darunter leiden und man auf deren Rücken solch eine Politik nicht machen kann.

(Beifall)

Ich komme zum Schluss und schließe ab mit dem zweiten Thema: Wohnungsbau. Dazu hat der Oberbürgermeister vor einem Jahr gesagt, wir brauchen die Schaffung und Sicherung von bezahlbaren Wohnungen. Das unterschreiben wir zu 100 Prozent und darin sind wir uns auch einig. Mit einem Planungsstau von 12.000 Wohnungen bei diversen nicht abgeschlossenen Bebauungsplanverfahren auf der einen Seite und deutlich zurückgegangenen Fertigstellungszahlen bei den Wohnungen gerade in den Jahren 2021 und 2022, die jetzt als letzte zurückliegen, kommen wir da nicht vom Fleck. Auch das ist eine Politik auf dem Rücken der Menschen in dieser Stadt, die hier endlich Fortschritte erwarten und die auch von der Politik klare Impulse wollen, die über Gerede, feierliche Ankündigungen oder auch Drohungen mit Sanktionen für die Bösen hinausgehen. Die Menschen wollen, dass Wohnungen gebaut werden, und die aktuelle Koalition muss sich daran messen lassen, ob sie bis zum Ende dieser Wahlperiode eine Trendwende beim Wohnungsbau hinbekommt oder nicht. Ich sage Ihnen voraus: Mit Dingen wie dem Baulandbeschluss, den Sie noch einmal verschärfen wollen, werden Sie dieses Ziel nicht erreichen, und das ist schlecht für unsere Stadt.

(Beifall)

Ich schließe und sage in Richtung des Oberbürgermeisters und genauso in Richtung Frankfurter Ampel: Liefern Sie und sparen Sie an feierlichen Reden und Presseterminen! Nur Ergebnisse zählen - Symbolpolitik nicht.

Vielen Dank!

(Beifall)